

Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelschhain, Beucha, Borsdorf, Cötha, Erdmannshain, Fuschshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staunditz, Threna usw.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monats Mk. 4.—, 1/2 jährlich Mk. 12.—, ohne Anzeigen, Post einschl. der Postgebühren Mk. 12.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorfahrung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6spaltige Korpuszeile 20 Pfg., auswärts 1.— Mk. Einmaliger Text 2.—, Reklamazeile 1.— Mk. 2.—, Beilagegebühr pro Hundert 2.—, Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, spätere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Ausrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Verantwortl. Redak. Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Gänge & Co., Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 121

Wittwoch, den 12. Oktober 1921

32. Jahrgang

Amthliches.

Die für dieses Jahr auf das laufende Jahr aufgestellte Schöffens- und Geschworenensliste legt vom 15. Oktober d. J. ab eine Woche lang im Meldeamtzimmer des Rathhauses hier, Zimmer 11, zu jedermanns Einsicht aus. Mit der Urliste liegt zugleich während der ganzen Dauer der Auslegung eine beglaubigte Abschrift der §§ 31 bis 34, 84 und 85 des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877 und des § 24 des Sächsischen Gesetzes vom 1. März 1879, die Bestimmungen zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877 usw. enthaltend, zu jedermanns Einsicht mit aus. Hieraus wird noch besonders hingewiesen. Innerhalb dieser einwöchigen Frist kann Einsprache gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit dieser Liste erhoben werden.

Naunhof, am 11. Oktober 1921. Der Bürgermeister.

Sandkrankenkasse Naunhof.

Vom Hygiene-Museum Dresden wird in Grimma gemeinsam mit dem Wohlfahrtsamt der Amtshauptmannschaft Grimma in allerhöchster Zeit eine Wanderausstellung für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge veranstaltet, bei welcher auch Kurse über Pflege und Erziehung des Kindes veranstaltet werden. Die Kurse sind besonders auch für Frauen, für junge und werdende Mütter bestimmt.

Mitglieder der unterzeichneten Kasse können diese Veranstaltungen zu ermäßigten Preisen besuchen. Sie erhalten hierzu von der Kasse Bescheinigungen. Der Preis für die Karte zum Besuche der Ausstellung beträgt dann 50 Pfg. und für eine Teilnehmerkarte zum Kursus 3 Mk.

Meldungen hierzu werden umgehend erbeten.

Naunhof, am 10. Oktober 1921.

Der Vorstand.

Sparkasse der Vereinsbank Naunhof in Naunhof.

Tägliche Verzinsung der Einlagen mit 4%
Uebersparungen durch unser Postcheckkonto Leipzig
No. 10783 sponsontrel. — Geschäftszelt 9—1 Uhr.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Der Reichskanzler ist wegen der alarmierenden Nachrichten über die angebliche Entschelung über Oberschlesien von seinem Urlaub vorzeitig nach Berlin zurückgekehrt.
- * Der deutsche Außenminister Dr. Rosen hatte eine Unterredung mit dem deutschen Botschafter in London, Etienne, über die oberschlesische Frage.
- * Die Unabhängigen lehnten die Beteiligung an der Regierung ab, sagten aber unter gewissen Bedingungen eine Unterstützung der Regierungspolitik zu.
- * Briand hielt eine große Rede über die politische Lage und über die Zahlungsverpflichtungen Deutschlands.
- * In der Britischen See ereignete sich ein Dampferzusammenstoß. Drei Passagiere und dreizehn Mann der Besatzung werden vermisst.
- * Branting hat die Berufung zur Bildung des schwedischen Kabinetts angenommen.

11 Uhr 59 Minuten.

Genl. Die Entscheidung des Völkerversammlungsrates über Oberschlesien, die noch in dieser Woche bekannt werden soll, scheint auf eine Neutralisierung des Industriegebietes hinauszulaufen.

Schneller, als ursprünglich vorgesehen war, ist der deutsche Reichskanzler von seiner Urlaubsreise ins Badische wieder nach Berlin zurückgekehrt. Die Sorge um Oberschlesien hat ihm keine Ruhe gelassen, denn nach allem, was man aus Genf hört, soll der Völkerversammlung eine unheilvolle Entscheidung kommen sein, die auf nichts anderes als auf eine unheilvolle Zerstückelung Oberschlesiens hinauskommt. Noch einmal, ehe er die Rückreise antreten, erhob der Reichskanzler seine warnende Stimme. „Er wisse nicht“, so er im katholischen Arbeiterverein von Offenbach, „ob ein Stimmungswechsel bei den Alliierten eingetreten sei, oder ob man etwa Luft verspüre, ein neues Land im Osten zu konstituieren, über das in Deutschland noch nach Jahrhunderten getrauert werden würde. Heute wäre noch eine Verständigung mit dem polnischen Volke möglich; in Warschau habe jedoch die Vergrößerungswut die Geister verblendet. Soll zwischen das deutsche Volk und das polnische Volk ein verpesteter politischer Leichnam gelegt werden? Man müsse Deutschland nicht enttäuschen, gerade nicht um des demokratischen Prinzips in Europa willen.“ Der Kanzler mahnte abermals in diesem Zusammenhang wenigstens zur innerpolitischen Einigkeit, wenn schon die Aussichten für bessere Beziehungen zwischen den Völkern sich immer noch nicht günstiger gestalten wollten. Wer das deutsche Volk in zwei feindliche Heerlager zerreißen wolle, arbeite für den

Bürgerkrieg, der das Ende des Reiches bedeuten müsse. Damit verband er auch bei dieser Gelegenheit das persönliche Bekenntnis, daß, wenn es zu diesem Unglück kommen sollte, sein Herz für das Heerlager der Arbeiter schlagen werde. Aber man müsse alles tun, um es nicht zu dieser Zerstückelung der Nation kommen zu lassen.

Wenn es in Genf zu der Entscheidung über Oberschlesien kommen sollte, die dem Kanzler und dem ganzen Volke jetzt die größte Sorge macht, dann würde sich die deutsche Reichsregierung einer Niederlage ausgesetzt sehen, die ihre Fortexistenz ernstlich in Frage stellen müßte. Man weiß, daß die Unterzeichnung des Ultimatum im Mai d. J. nur möglich war, weil der Reichstagsmehrheit in Aussicht gestellt wurde, daß man nur so zu einer Aufhebung der Sanktionen und zu einer für Deutschland einigermaßen günstigen Entscheidung über Oberschlesien gelangen könne. Von den Sanktionen ist zunächst nur der wirtschaftliche Teil viele Monate nach der Unterzeichnung des Ultimatum aufgehoben worden, die oberschlesische Frage aber ist vom Frühjahr auf den Sommer, vom Sommer auf den Herbst verschleppt worden, und endlich glaubte man mit der Verweisung an den Völkerversammlung einen Weg gefunden zu haben, der einigermaßen unparteiische Prüfung ermöglichen könnte. Statt dessen heißt es jetzt, der Völkerversammlung solle im großen und ganzen die berichtigte Sorge-Linie seiner Entscheidung zugrunde legen und daneben eine internationale Organisation vorschlagen, deren Aufgabe darin zu bestehen hätte, die wirtschaftlichen Folgen dieser Entscheidung nach Möglichkeit wieder ungeschehen zu machen. Ob das wirklich der Weisheit letzter Schluß sein soll, schwebt noch im Dunkeln. Das Geheimnis von Genf ist noch nicht zuverlässig gelüftet, aber Dr. Briand hätte schwerlich die Öffentlichkeit alarmiert, wenn er nicht Grund besäße, an die Möglichkeit eines solchen Unrechtes zu glauben.

Auch den Ententeregierungen scheint nicht ganz wohl zu sein bei den Entscheidungen, die sich in Genf vorbereiten, man spricht bereits von einem Konflikt, der unter ihnen im Auge sei, von einem Einspruch Englands, das nun doch wieder die letzte Entscheidung für den Obersten Rat vorbehalten sehen möchte. Aber helfen wird das alles wohl nichts, eine Entscheidung muß endlich getroffen werden, und wenn sie wirklich so ausfallen sollte, daß ein Schrei des Entsetzens sich darüber in Deutschland erheben müßte, so wird die Entente sich sagen müssen, daß sie es gewesen ist, die diesen Weg beschritten hat, und daß sie infolge dessen auch die Verantwortung für alles Unheil tragen muß, das danach eintreten wird. Hätte man das Ergebnis der Volksabstimmung vom 20. März der Entscheidung zugrunde gelegt, so hätte man den moralischen Boden nicht unter den Füßen verloren. Wenn statt dessen nackte Machtinteressen den Ausschlag geben sollen, so wird für Oberschlesien ein Zeitalter andauern, das durch Blut und Eisen gekennzeichnet ist. Zugleich wird damit eine der wesentlichen Voraussetzungen binafällig werden, unter denen Deutschland die Verpflichtungen des Ultimatum übernehmen, unter denen es auch jetzt den Pakt von Wiesbaden geschlossen hat. Dann wird keine Regierung mehr imstande sein, sich das Wohlwohlen des Herrn Briand zu erriegen, dann kann man sich jede weitere Arbeit um den Wiederaufbau der deutschen und der europäischen Gesamtwirtschaft schenken.

Nach ist die Entscheidung anscheinend nicht endgültig gefallen, noch besteht vielleicht die Möglichkeit, daß die Machthaber der Entente, die heutigen Herren der Welt, sich eines Besseren besinnen, ehe sie Oberschlesien, Deutschland und Europa durch eine ungerechte und verhängnisvolle Lösung des oberschlesischen Problems in neue unübersehbare Wirrnisse stürzen. Aber wenn das geschehen soll, muß es bald getan sein. Die Uhr der weltpolitischen Entscheidungen zeigt wieder einmal eine Minute vor zwölf.

Der Neutralisierungsplan.

Aber die Einzelheiten des angeblich beabsichtigten Vorschlags des Völkerversammlungsrates, der offenbar nicht ohne Einflusnahme der alliierten Regierungen selbst zustandekommen scheint, verlautet, daß danach das Industriegebiet für eine Reihe von Jahren mit einer gemeinsamen deutsch-polnischen Verwaltung unter der Oberaufsicht des Völkerversammlungsrates gestellt werden soll. Man glaubt, durch eine solche Lösung viele Unannehmlichkeiten einer Teilung zu vermeiden. Bewahrheitet sich diese Nachricht, die selbstverständlich nur unter allem Vorbehalt wiederzugeben wird, so würde also damit zu rechnen sein, daß aus dem Gebiet östlich der Westgrenze der Kreise Larnowitz, Losz und Rybnik für etwa 15 oder 20 Jahre ein „neutraler Staat“ geschaffen werden würde, der von Deutschland und Polen gemeinsam verwaltet werden soll.

4000 Milliarden Papiermark.

Briand berechnet unsere Schulden. Da die französischen Kammerführungen binnen kurzem wieder beginnen werden, so hat der französische Ministerpräsident Briand Gelegenheit genommen, bei einem zu seinen Ehren veranstalteten Bankett in St. Nazaire eine Rede zu halten. Er will damit der zu erwartenden Kritik von vornherein begegnen und fließende die Ansicht in die Worte, „einer schönen republikanischen Tradition zufolge wolle er vor der Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten seine Gedanken zum Ausdruck bringen und die Richtlinien mitteilen, nach denen er die Politik zu orientieren gedenke.“ Der interessanteste Teil seiner Aus-

führungen galt den wirtschaftlichen Fragen, die der Friedensvertrag aufgeworfen hat. Er sagte, die Forderung an Deutschland habe, nachdem sie einmal festgestellt worden sei, für die Zahlung entprochen, die alle Voraussetzungen überschreite.

Die Zahlungsverpflichtung Deutschlands betrug 123 Milliarden Goldmark. Sie habe zur Zeit der Festsetzung einer Summe von 250 Milliarden Papiermark entprochen. Vor einem Monat sei sie auf 2600 Milliarden, heute auf 4000 Milliarden Papiermark angewachsen. So änderten sich die Zahlungsmöglichkeiten. Wie könne man da sagen, daß Frankreichs Forderung verhältnismäßig wurde? Die Wahrheit sei, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Abhängigkeit der Völker voneinander die Notwendigkeit erzeuge, die Schwankungen des Wechselkurses zu ertragen.

Die Völker, deren Wechselkurs am höchsten sei, fanden in ihrem Reichtum selbst die Ursache der Verarmung, während Deutschland gerade in dem schlechten Stand seiner Mark die Bedingung finde, die seine wirtschaftliche Konkurrenz auf dem Weltmarkt begünstige. Angesichts einer solchen Lage müßten die Großindustriellen und die großen Finanzleute der Welt das Bedürfnis fühlen, sofort darzutun, um im Interesse aller Länder, da die Lage niemals das völlige Gleichgewicht wiederherstellen könnte, wenn die Solidarität nicht blühende Hand bleibe.

Briand verteidigt sich.

Weniger zur Erläuterung der politischen Lage als mehr zu seiner eigenen Rechtfertigung sagte Briand weiterhin u. a.: Man vergesse auch, daß die Forderung Frankreichs durch das Schwanken des Wechselkurses ungeheuer vermehrt worden sei. Wie könne man da behaupten, die Forderung Frankreichs sei verhältnismäßig geworden und die Regierung habe nicht ihre Schuldigkeit getan? Während der Friedensverhandlungen habe Frankreich Konzessionen machen müssen. Wenn also die guten Franzosen, welche die Friedensverhandlungen geführt hätten, gezwungen gewesen seien, sich damit abzufinden, dann müßten sie begreifen, daß er, der erst zwei Jahre nach Abschluß des Waffenstillstandes zur Regierung gelangt sei, ohne ein vollkommenes Instrument in Händen zu haben, kein vollkommenes Werk habe schaffen können. Die sein Vorgänger habe er, um die Ausführung des Friedensvertrages möglich zu machen, in vollem Einverständnis mit Frankreichs Alliierten handeln müssen; ohne diese Solidarität wäre die Ausführung des Vertrages unmöglich. Aber niemals könne Frankreich alles erlangen, was man ihm schulde, weil es Dinge gäbe, die man nicht bezahlen könne.

Frankreich müsse geduldet bleiben, so lange seine Sicherheit nicht gewährleistet sei. Frankreich habe ein Recht auf Reparationen und auf seine Sicherheit. In dieser Hinsicht werde die Regierung keinen Augenblick schwanken. Die französische Regierung habe Vertrauen zu der gegenwärtigen deutschen Regierung. In der Kammer werde er sich ausdrücken haben. Wenn ein genialer Geist das Geheimnis deßte, alles besser zu machen, als er, so werde er ihm sofort den Weg räumen. Er liebe nicht an seinem Posten, aber bis zu diesem Beweise und so lange er das Schiff noch nicht im sicheren Hafen habe, wolle er die Hand am Steuer behalten.

Die französische Presse bespricht Briands Ausführungen durchaus zustimmend. Es wird erklärt, daß die Sprache Briands vom ganzen Lande begeistert begrüßt werden müsse. Der Ministerpräsident habe sich an die gesunde Vernunft und an den guten Willen aller französischen Bürger gewandt und ein Programm der Ruggedit und Entschlossenheit vorgelegt. Zufällig scheint es, daß Briand sich in die Notwendigkeit versetzt sah, eine neue, verständlichere und vernünftige Politik gegen Deutschland zu verteidigen.

Die unvermeidliche Koalition.

Stresemann über Politik und Wirtschaft. Auf dem niederrheinischen Parteitag der Deutschen Volkspartei in Wesel erklärte Abg. Stresemann in bezug auf die Regierungsumbildung: Die Aufgabe, ein sachliches Programm aufzustellen, auf das die breite Koalition sich aufbauen könnte, sei zum größten Teil gelungen, dagegen herrsche in der Frage der Aufbringung der finanziellen Mittel noch eine Differenz der Anschauungen mit der Sozialdemokratie, die aber nicht unüberwindlich sei. Der Gedanke der breiten Koalition sei aber so unbedingt

der Ausfluß politischer Notwendigkeit,

daß er sich durchsetzen werde, auch wenn der Weg zur Erfüllung des Ziels noch über mancherlei Enttäuschungen führen würde. Es sei eine ganz falsche Anschauung, daß die Deutsche Volkspartei es als ihre Aufgabe ansehe, die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen unmöglich zu machen. Vielmehr müßten alle Anstrengungen gemacht werden, um so viel zu leisten, wie die deutsche Wirtschaft überhaupt herzugeben in der Lage sei. Der Grundgedanke des Wiesbadener Abkommens, die Devisenleistungen durch Sachleistungen zu ersetzen, sei zu begreifen, bringe aber keine grundlegende Besserung, weil uns diese Sachleistungen nur zu 35 Prozent anerkannt würden. Das ganze Gebiet der Reparationsleistungen müsse auch auf anderen Ländern gegenüber mehr auf nachvollziehbar Sachleistungen gestellt werden.

Gegen die Panik in Österreich.

Die Regierung beruhigt. Aus Wien wird gemeldet: Die Regierung wendet sich in einem Aufruf an die Bevölkerung Österreichs gegen die Panikstimmung. Die Umstrukturierung seien ausichtslos. Der Ernst der Lage werde von der Regierung keineswegs verkannt, es müsse jedoch gesagt werden, daß die Bevölkerungs-